

Landespressekonferenz am 31.01.2022, 10.00 Uhr, Stuttgart

**Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung
„Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung an der Schule“**

im Auftrag des VBE Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem VBE Bund.

Sprechzettel von Gerhard Brand
Landesvorsitzender VBE
- Es gilt das gesprochene Wort. –

„Es ist geradezu bizarr, wie groß das schwarze Loch des Nichtwissens ist, auf das Anant Agarwala im Zuge seiner Recherchen stieß.

Der Hamburger Bildungsjournalist und *Zeit*-Redakteur wollte wissen, ob beziehungsweise inwieweit das Integrationsexperiment, das die deutschen Schulen 2015 quasi aus dem Stand beginnen mussten, gelungen ist.

Fünf Jahre nachdem 300 000 geflüchtete Kinder und Jugendliche Deutschland und damit ja auch die hiesigen Schulen erreichten (...) fragt Agarwala: Welche Modelle funktionieren mittlerweile? Was ist aus welchem Grund gescheitert? Und wie viele Jugendliche haben überhaupt welche Abschlüsse geschafft? (...) Da müsste doch schon aus volkswirtschaftlichem Interesse nach fünf Jahren mal jemand draufschauen.

Ist aber nie geschehen.

Das Land braucht dringend gut ausgebildete Fachkräfte, scheint aber alle Integrationsarbeit einfach nach unten zu delegieren, immer weiter runter, bis halt jeder in seinem kleinen Lehrerzimmer schaut, wie er mit der jeweiligen Überforderungssituation klarkommt.“

Der bis hierhin vorgetragene Text stammt nicht vom VBE. Es ist ein Zitat aus einem Artikel der Süddeutschen Zeitung über das Buch „Das Integrationsexperiment“, das der Autor Anant Agarwala letztes Jahr veröffentlicht hat. Der VBE hat einen Teil der Recherche-Arbeit zu diesem Buch beigesteuert. Das Buch illustriert sehr anschaulich, wie die Politik eine gesellschaftliche Herausforderung an die Schulen delegiert und diese damit dann weitgehend alleine lässt. Es ist ein Muster, das wir seit vielen Jahren im schulischen Bereich beobachten können: Ob Integration, Inklusion, Ganzttag und vieles mehr: Die Schulen sollen immer mehr und immer komplexere Aufgaben bewältigen, ohne die hierfür notwendigen Ressourcen zu erhalten. Eigentlich erhalten sie gar keine zusätzlichen Ressourcen!

Eine Mindestanforderung wäre, dass die Schulen wenigstens über ausreichend Personal verfügen, um sich den immer komplexeren Herausforderungen stellen zu können und dass das Personal, bevor es mit der Aufgabe konfrontiert wird, die entsprechende Fortbildung erhält. Die Entwicklung verläuft jedoch in die genau entgegengesetzte Richtung: Der Lehrkräftemangel verschärft sich jedes Jahr weiter. Eine repräsentative forsa-Studie des VBE hat aufgezeigt, dass im Jahr 2018 jede dritte Schule in Baden-Württemberg mit Lehrkräftemangel zu kämpfen hatte. 2020 war es bereits jede zweite Schule und letztes Jahr dann rund 60 Prozent aller Schulen.

Wo bleibt das Gegensteuern durch die Politik?

Die Entwicklung ist rasant und die Prognose für die nächsten Jahre düster: Erst letzte Woche hat der VBE eine bei dem Bildungswissenschaftler Prof. Dr. Klaus Klemm in Auftrag gegebene Studie vorgestellt – sie ging Ihnen über den Verteiler zu. Diese rechnet vor, dass bundesweit bis zum Jahr 2030 bundesweit mindestens 81.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Dies geht einher mit der Modellrechnung des baden-württembergischen Kultusministeriums aus dem Jahr 2019. Diese stellte für Baden-Württemberg eine Lücke von 10.600 Lehrerstellen bis zum Jahr 2030 fest.

Festgestellt – aber nicht gegengesteuert!

Wir beobachten damit zwei große Entwicklungen an den Schulen: Auf der einen Seite eine immer komplexer werdende, ausufernde Aufgabenfülle. Und auf der anderen Seite einen sich stetig verschärfenden Lehrkräftemangel.

Dass diese Mehrfachbelastung bei gleichzeitiger Personalarmut zu Lasten der körperlichen und psychischen Gesundheit der Lehrkräfte geht, zeigt unsere heutige Studie.

Wir haben das Politik- und Sozialforschungsinstitut forsa beauftragt, eine repräsentative und bundesweite Befragung unter Schulleitungen allgemeinbildender Schulen durchzuführen. Ein Teil der Fragen wurde bereits in einer vorherigen Erhebung im Jahr 2019 erhoben, so dass entsprechende Zeitvergleiche möglich sind. Für die aktuelle Untersuchung hat forsa vom 17. September bis 28. Oktober 2021 insgesamt 1.300 Schulleitungen befragt, darunter 253 aus Baden-Württemberg. Die Ergebnisse sind sowohl für den Bund als auch fürs Land Baden-Württemberg repräsentativ. Wir stellen Ihnen heute die Auswertung für Baden-Württemberg vor, setzen diese aber auch ins Verhältnis zur Bundesauswertung. Schauen wir uns die Ergebnisse im Einzelnen an.

Mehrbelastungen im Schulalltag

Wir haben die Schulleitungen zunächst gefragt, ob für ihr Kollegium im Schulalltag tatsächlich Mehrbelastungen durch neue Herausforderungen wie Integration, Inklusion oder andere Entwicklungen entstehen. Im Jahr 2019, also noch vor der Pandemie, sagten bereits drei Viertel der Schulleitungen, dass dies für die meisten oder fast alle Lehrkräfte zutrifft. Durch Corona hat sich die Lage nun nochmal zugespitzt: Jetzt sind es rund neun von zehn Schulleitungen die dies sagen. Dagegen meinen lediglich noch fünf Prozent der Befragten, dass keine Mehrbelastungen für die Lehrkräfte entstehen.

Die Zahlen verhalten sich auf Landesebene analog zur Bundesebene. Sie bestätigen sehr deutlich, was wir eingangs angedeutet haben: Auf den Lehrkräften lastet durch immer neue Anforderungen, wie jetzt seit zwei Jahren in der Pandemie, aber auch durch Projekte wie Integration, Inklusion und Ganztage, Änderungen im schulischen System, Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel und viele andere Entwicklungen eine massive Mehrfachbelastung und ein immenser Druck.

Dass dieser Druck durch Corona noch weiter angestiegen ist, demonstriert auch unser nächstes Frage-Item in aller Deutlichkeit: Praktisch alle Schulleitungen in Baden-Württemberg, 96 Prozent, sagen, dass die Belastungen für das Kollegium in der Pandemie erneut angestiegen sind.

Nach allem, was in den letzten zwei Jahren passiert ist, verwundert dies nicht. Wieder einmal haben die Schulen eine Vielzahl neuer Aufgaben obendrauf bekommen – man denke nur an die Notbetreuung, den Digital- und Fernunterricht, den Wechselunterricht, die drei Not-Nachhilfeprogramme: „Lernbrücken“, „Bridge the Gap“ und „Lernen mit Rückenwind“ oder die Corona-Testungen und ganz neu noch an einigen Einrichtungen die Überwachung des Impfstatus und die Nachverfolgung.

Und wieder einmal gab es hierfür praktisch keinerlei Entlastung für die Lehrerinnen und Lehrer.

Dass dieses ständige Obendrauf-Satteln nicht ohne Folgen für die Gesundheit der Lehrkräfte bleibt, zeigen die beiden nächsten Frage-Items.

Langzeitausfälle aufgrund von Erkrankungen

Bereits 2019 berichtete rund ein Drittel der Schulleitungen, dass in ihrem eigenen Kollegium immer mehr Lehrkräfte aufgrund physischer Erkrankungen langfristig ausfallen. In der Pandemie hat nun jede zweite Schule mit Langzeitausfällen aufgrund physischer Erkrankungen zu kämpfen.

Ähnlich verhält es sich mit psychischen Erkrankungen: 2019 berichtete jede dritte Schulleitung, 33 Prozent, dass immer mehr Lehrkräfte an ihrer Schule aufgrund psychischer Erkrankungen langfristig ausfallen. Jetzt sind es bereits vier von zehn Schulleitungen, 40 Prozent, die dies berichten.

Die Ergebnisse zeigen damit insgesamt mehr als beunruhigende Entwicklungen:

Eine immer größer werdende Anzahl an Lehrkräften in Baden-Württemberg scheidet mit physischen und psychischen Gesundheitsproblemen langfristig aus dem Schuldienst aus. Eine Entwicklung, die sich genauso auch auf der Bundesebene beobachten lässt. Für die Schulen gleicht diese Entwicklung einem Teufelskreis: Die hohe Arbeitsbelastung führt zu langfristigen Krankheitsausfällen und verstärkt damit den Lehrkräftemangel, wodurch die Belastung an den Schulen weiter ansteigt.

Möglichkeiten zur Gesunderhaltung

Vor diesem Hintergrund wäre es umso wichtiger, dass das Kultusministerium ausreichend Angebote zur Gesunderhaltung der Lehrkräfte durch Fortbildungen oder andere Maßnahmen wie beispielsweise Supervision bereitstellt. Zwei Drittel der Schulleitungen gibt jedoch an, dass dies nicht der Fall ist, oder, dass sie zumindest nichts davon wissen. Baden-Württemberg schneidet hier nur unwesentlich besser ab als Gesamtdeutschland. Zu dieser Aussage passt auch, dass die Mittel für schulinterne und schulnahe Fortbildungen aktuell gekürzt wurden.

Zu diesen Zahlen passt außerdem auch, dass ebenfalls zwei Drittel der Schulleitungen angibt, über keine Möglichkeiten zu verfügen, selbst zur Gesunderhaltung des Kollegiums beitragen zu können. Dieser Wert ist in der Pandemie angestiegen, allerdings sagte dies auch 2019 schon über die Hälfte der Befragten.

Interessant ist, welche Angaben die Minderheit der Schulleitungen macht, die aussagt, zur Gesunderhaltung des Kollegiums selbst beitragen zu können. Diese Schulleitungen nennen am häufigsten:

1. Den regelmäßigen Austausch über Probleme und Belastungen.
2. Die gleichmäßige Verteilung von Aufgaben und Mehrarbeit.
3. Einen flexiblen Stundenplan und variable Einsatzzeiten in Absprache mit den Lehrkräften.
4. Die Schaffung eines guten Arbeits- und Betriebsklimas.
5. Unterstützung und Hilfe anbieten, etwa bei Elterngesprächen.

Es handelt sich bei dieser Aufzählung vor allem um kommunikative und organisatorische Angebote der Schulleitungen. Was jedoch nur von einer verschwindend kleinen Minderheit genannt wird, ist die Nutzung von Ressourcen, welche das Land den Schulen zur Verfügung stellt. So nennen beispielsweise nur neun Prozent den Einsatz von Fachpersonal, etwa Psychologen, und Supervision zur Gesundheitsförderung.

Wir haben die Schulleitungen aber ebenfalls gefragt, welche Maßnahmen zur Gesunderhaltung sie sich ganz konkret vom Land wünschen würden. Am häufigsten nennen sie:

1. Eine Reduzierung der Stundenzahlen.
2. Mehr Lehrkräfte.
3. Die gleichmäßige Verteilung von Vertretungsunterricht.
4. Mehr nicht-pädagogisches Personal zur Unterstützung im außerunterrichtlichen Bereich.
5. Mehr Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung.
6. Weniger Verwaltungsaufgaben.
7. Mehr Zeit für kollegialen Austausch.

Diese Aufzählung zeigt einmal mehr: Den Schulen mangelt es massiv an Zeit und Personal. Dies ist die logische Konsequenz des Lehrkräftemangels und des ständigen Abschichtens von Aufgaben an die Schulen. Sollte der Dienstherr hier nicht endlich konsequent gegensteuern, so nimmt er Erkrankungen des Schulpersonals sehenden Auges in Kauf.

Unser letztes Frageitem bezieht sich auf die Gesundheitsförderung als Standortfaktor. Etwa die Hälfte der Schulleitungen gibt an, dass die Gesundheitsfürsorge eine wichtige Rolle für Lehrkräfte spielt, die sich an ihrer Schule bewerben wollen. Eine konsequente Gesundheitsförderung kann also auch in dieser Hinsicht der Bekämpfung des Lehrkräftemangels dienen und bei der Besetzung offener Stellen helfen.

Fazit

Ich kann es nicht anders sagen: Das Land betreibt Schulpolitik, ohne dabei die Gesundheit seiner Lehrkräfte im Blick zu behalten.

Immer mehr und immer komplexere Aufgaben werden auf die Schulen abgeschichtet. Gleichzeitig kämpfen die Schulen mit einem sich immer weiter verschärfenden Lehrkräftemangel. Die Kosten dieser nicht aufgehenden Rechnung bezahlen die Lehrerinnen und Lehrer immer öfter mit ihrer Gesundheit. Mit großem Engagement und viel Mehrarbeit versuchen sie, die strukturelle Schieflage auszugleichen. Unsere heutige Umfrage zeigt auf, dass dieser Einsatz zunehmend über die Belastungsgrenze hinaus geht und immer mehr Kolleginnen und Kollegen langfristig physisch wie psychisch erkranken. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel! Der Dienstherr ist zum Gesundheitsschutz seines Personals verpflichtet, **er hat eine Fürsorgepflicht!** In Krisen- wie in nicht-Krisenzeiten.

Um den Lehrberuf wieder leistbar zu machen, fordert der VBE:

1. Den strukturellen Lehrkräftemangel endlich konsequent angehen. Hierzu zählt die konsequente Erhöhung der Studienplatzkapazitäten, die bessere Begleitung im Studium und den Übergangsphasen sowie ein deutlicher Ausbau der Krankheitsreserve.
2. Entlastung der Lehrkräfte durch kleinere Klassen und multiprofessionelle Teams. Und ebenso durch die vollständige Umsetzung des Konzeptes zur Stärkung und Entlastung der Schulleitungen – wer die Schulleitungen entlastet, verschafft diesen zugleich mehr Raum, um sich aktiv für die Gesunderhaltung des Kollegiums einsetzen zu können.
3. Transparente Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge schaffen. Zum Beispiel durch entsprechende Fortbildungen, Supervision oder die Ausstattung der Schulen mit Ruhe- und Rückzugsräumen, wie sie heute in allen modernen Betrieben und Firmen längst Standard ist.